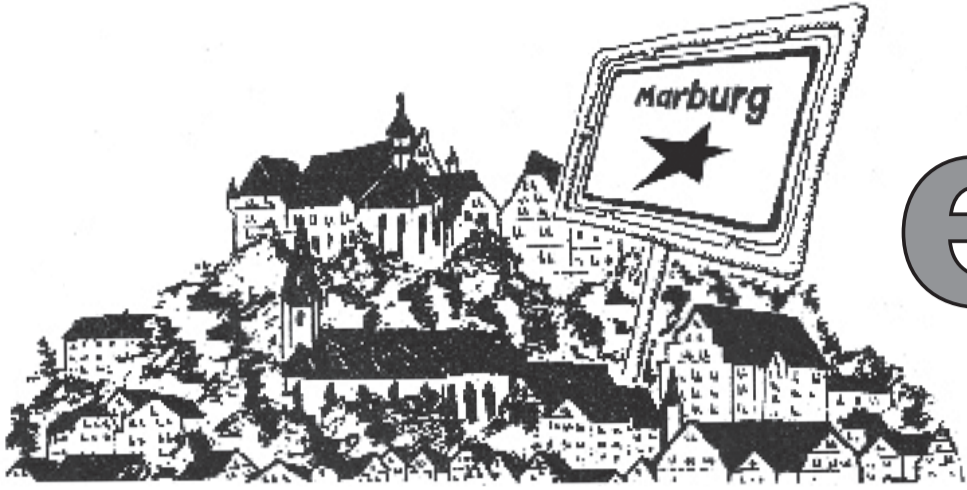


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

März 2011

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#18

Wenn Mietwohnungen zum Luxus werden

Bezahlbarer Wohnraum mitten in Marburg nicht nur für Wenige!

Es wird viel gebaut in Marburg, ebenso wird viel saniert in unserer Stadt – hauptsächlich im Nordviertel. Entsteht dort neuer Wohnraum? - Leider nicht, zum einen wird ein gigantisches Kongresszentrum entstehen, welches eine Umgestaltung dieses Stadtteils nach sich ziehen wird, steigende Mieten, teurere Läden, eine andere Infrastruktur, ausgerichtet an den veränderten Bedarf.

Hierbei wird der soziale Wohnungsbau kaum profitieren, er wird eher verdrängt, in andere bereits abgehangene Stadtviertel, wie das nahe liegende Waldtal. Aber es sollen auch im Zuge des Sanierungskonzeptes neue Studentenwohnungen und Altenheime errichtet werden, direkt an der Stadtautobahn und Eisenbahnlinie. Wo aber entsteht bezahlbarer Wohnraum, nicht nur für die noch zu erwartende hohe Anzahl neuer Studierender in Marburg, ab dem kommenden Sommersemester? Viel zu lesen ist und war von neu-

en Campus-Anlagen, teilweise bereits realisierte „Großprojekte“ - aber auch finanzierbar, vor allem für die ausgewiesene Zielgruppe? Laut der Zeitung „Die Zeit“ wohnen in der Bundesrepublik inzwischen viele StudentInnen auf Campingplätzen, weil es in den Uni-Städten nicht genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. In Marburg sollen es bei Semesteranfang sogar Turnhallen sein. Dazu aus der Lokalpresse: „Neun von zehn Studierenden sind in Marburg auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen. Und der ist teuer. Das Unternehmen „immowelt“ hat in Deutschlands größten Universitätsstädten die „Mietpreise für Single- und WG-Wohnungen“ ermittelt. Demnach sind für eine Single-Wohnung in Marburg derzeit durchschnittlich 10 Euro pro Quadratmeter fällig.“ (OP).

In Marburg wurden Fälle bekannt, in denen Zimmer ohne ausreichend Sanitäreinrichtungen vermietet wurden, mit dem Hinweis, man könne die Duschen der Sportanlage im Georg-Gass-

mann-Stadion nutzen.

Wer sozial verträglichen Wohnraum will, muss erstmal anerkennen, dass im Landkreis Marburg-Biedenkopf nicht nur die 23.000 Personen, welche im sozialen Mindestsicherungssystem erfasst werden, sondern weit über 30 000 Menschen von Armut betroffen sind. Dies ergibt sich, wenn man die Definition der Bundesregierung als Grundlage nutzt (laut dieser gilt in der BRD als arm, wer über weniger als 60 % des mittleren Einkommens verfügt). Weiter kommt hinzu, dass mittlerweile etwas mehr als die Hälfte des monatlichen Einkommens für die Miete einschließlich der Nebenkosten aufgebracht werden muss. Deshalb muss endlich auch das Wohngeld den tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Marburg braucht keinen weiteren Einkaufsstempel, Marburg braucht bezahlbaren und attraktiven Wohnraum in unmittelbarer Stadtnähe und nicht weit draußen.

So lange es normal zu sein scheint, dass, um die Preise sta-

bil zu halten, Lebensmittelberge von Müll anfallen dürfen, so lange es als gerecht empfunden wird, dass man Hartz-IV-Bezieher, um sie auf die ihnen zustehende Quadratmeterzahl wohnen zu lassen, Zimmer einfach zumauert - so lange hier kein Umdenken stattfindet, so lange werden wir immer und immer wieder den Finger in die schmerzende Wunde legen, bis ein solidarisches Miteinander praktiziert wird und es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt!

Tanja Bauder-Wöhr

Kommunalwahl

27. März 2011

Marburger Linke wählen.

DKP

www.marburger-echo.de

Interview mit Halise „Ruken“ Adsan

Platz 4 auf der KandidatInnen-Liste der Marburger Linken

Du bist nicht in Deutschland geboren. Wie bist du hierher gekommen und welche Erfahrungen hast Du in deinem Heimatland und hier machen können und müssen?

Ich bin in Kurdistan geboren und in einer Familie mit 11 Geschwistern aufgewachsen. Bevor ich nach Deutschland kam, habe ich mich für die Freiheit Kurdistans eingesetzt und bei einer kurdischen Tageszeitung als Journalistin gearbeitet. Als junge Frau habe ich politische Verfolgung, Folter und die Ermordung von Menschen erleben müssen. Aus diesen persönlichen schweren Erfahrungen entstand mein Engagement für Freiheit, für Menschenrechte und gegen jegliche Art von Diskriminierung und gegen Faschismus. 1995 musste ich dann wegen politischer Verfolgung in Deutschland Asyl suchen.

Wie hast du zur Partei Die Linke gefunden?

Nachdem ich als Asylbewerberin anerkannt war, habe ich eine politische Bewegung gesucht, die sich

gegen eine Beteiligung Deutschlands an Krieg wandte, für Armutsbekämpfung einsetzte und gegen Rechtsextremismus und Rassismus kämpfte. Deshalb bin ich in die PDS eingetreten, auch weil ich in dieser noch jungen Partei Mitgestaltungsmöglichkeiten für mich selber sah.

Seit 2007 bist Du Stadtverordnete. Was waren dort die Schwerpunkte Deiner Arbeit?

Als ich 2007 in die Stadtverordnetenversammlung nachrückte, musste ich mich in die Arbeit einer Stadtverordneten erst einarbeiten. Da wir fünf Fraktionsmitglieder sind, hat jede/r von uns viele Bereiche bearbeitet. Ich habe im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen mitgearbeitet. Dabei habe ich mich z.B. für Themen wie den Armutsbericht für Marburg, die Einrichtung einer Stelle für einen Sozialplaner, Erweiterung der Leistungen aus dem Stadtpass, Kommunalwahlrecht für Nicht-EU Ausländer und den Runden Tisch für Integration eingesetzt. Daneben habe ich re-



gelmäßig die Sitzungen des Kinder- und Jugend-Parlaments und des Ausländerbeirats besucht. Bis 2010 war ich stellvertretendes Mitglied des Ausländerbeirats in Marburg.

Wie beurteilst du die Arbeit des Ausländerbeirats?

Der Ausländerbeirat ist die einzige Vertretung von Menschen, die keinen deutschen Pass und auch kei-

ne EU-Staatsangehörigkeit haben. Die ehrenamtliche Arbeit, welche die Mitglieder dieses Beirates leisten, ist nicht nur wichtig für die Menschen aus den unterschiedlichen Nationen, indem sie ihre kulturellen Interessen wahrnehmen und fördern – sondern sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Stadt Marburg, der bisher nicht ausreichend gewürdigt wird und leider nicht mit ausreichend Mitteln ausgestattet ist. Seit Jahren kämpfen wir um eine feste Stelle für den Ausländerbeirat.

Sogennante EU-AusländerInnen haben das kommunale Wahlrecht. Reicht das?

Alle Menschen, die länger als drei Monate in einer Gemeinde leben, müssen das kommunale Wahlrecht erhalten. Es kann doch nicht sein, dass unter uns Menschen leben, manchmal seit Jahrzehnten, die keinerlei demokratische Mitbestimmungsrechte haben. Wahlrecht für diese Menschen ist auch ein gutes Instrument gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Im Übrigen...*

von P. G.

...wäre es gut gewesen, hätten sich die KPD/SPD 1926 mit dem Volksscheid zur Fürstenenteignung durchgesetzt. Möglich, dass uns dann ein Vorstandsmitglied der Rhön-Klinikum AG, ein Generalsekretär der CSU, ein Wirtschafts- und Kriegsminister (in dieser Reihenfolge) erspart geblieben wäre. Eine Kommentierung des vorläufigen Abschlusses dieser Linie - es ist klar, wir reden von der politischen Karriere des vermögenden Freiherrn von und zu Guttenberg - ersparen wir uns hier. Die Verflechtungen von Staat und Kapital, in diesem Fall von Universität und Adel, sind hinlänglich bekannt und dokumentiert. Wichtiger sind in diesem Zusammenhang nicht persönliche Eigenarten oder Verfehlungen des Freiherrn, sondern das, wofür er steht: Für den Krieg in Afghanistan, die Legitimität von Kriegen für deutsche Wirtschaftsinteressen im Allgemeinen und einen ausgeprägten Militarismus. Wenn 70% der Deutschen gegen den Afghanistaneinsatz sind, so kontert Bild: Ebenso viele wollen, dass Guttenberg Verteidigungsminister bleibt. Von der privaten Boulevard-Presse wird wieder mal eine Kampagne gegen noch verbleibende antifaschistische und antimilitaristische Elemente des Grundgesetzes geführt, verkleistert mit der Fassade eines scheinbar aufrichtigen, Klartext sprechenden, d.h. ungewöhnlichen Politikers. Angesichts der Zunahme solcher Phänomene sprechen selbst bürgerliche Wissenschaftler inzwischen von Postdemokratie, in der „die politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren“ (Colin Crouch). Mal ehrlich: Wer diesen Zustand nicht ändern will, der muss schon einen ausgeprägten Puschel haben.

Cato

von Georg Fülberth

Seit zwölf Jahren steht auf der ersten Seite des Marburger Echos der folgende Satz von Rosa Luxemburg: „Im übrigen bin ich der Meinung, dass dieser Staat zerstört werden muß.“ Der Hessische Verfassungsschutz hat das auch schon entdeckt und nimmt an, dass wir gegen das Grundgesetz sind. Er ist dumm. Der Staat, den Rosa Luxemburg zerschlagen wollte, war nämlich nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern das wilhelminische Reich. Und er wurde zerschlagen: durch die Novemberrevolution 1918/19. Ihre Errungenschaften (Demokratie) wurden 1949 im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland noch einmal festgeschrieben. Mit ihrem Satz zitierte Rosa Luxemburg einen Satz des alten Römers Marcus Porcius Cato (234 – 149 v.Chr.) Jede seiner Reden im Senat beendete er mit den Worten: „Ceterum censeo Carthaginem delendam esse“ = „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Carthago zerschlagen werden muss.“ Rosa Luxemburg sprach auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD 1898: „Klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte Cato: „Im übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.“ Indem wir sie regelmäßig zitieren, ehren wir sie und bekennen uns zum Grundgesetz.

ECHO VON LINKS

Gastkommentar von Dr. Ulf Immelt (DGB Marburg)
Schuldenbremse bedeutet Sozialabbau

Am 27. März 2011 soll in einer Volksabstimmung über eine „Schuldenbremse“ in die Hessische Verfassung abgestimmt werden.

Mit dieser Abstimmung wird ein Versuch gestartet einen Blankoscheck für eine Politik des Ausblutens der öffentlichen Hand, des Sozialabbaus und Privatisierens zu bekommen.

Der DGB Hessen-Thüringen und zahlreiche weitere Verbände und Organisationen sagen hierzu NEIN und fordern die hessischen Bürgerinnen und Bürger auf, die geplante Verfassungsänderung abzulehnen.

Für die Schuldenbremse haben sich die Arbeitgeberverbände und der „Bund der fast keine Steuerzahler“ sowie eine ganz große Koalition in Wiesbaden aus CDU, FDP und Grünen sowie der SPD ausgesprochen.

Während die Arbeitgeberverbände und die Regierungskoalition ganz die Schuldenbremse als Mittel zum Sozial-, und Bildungs- und Personalabbau sehen, argumentiert die SPD-Landtagsfraktion mit scheinbar linken und sozialen Thesen für die Schuldenbremse. Dies hört sich dann so an: „Deshalb bedeutet Schuldenbremse notwendig höhere Steuern für besonders Wohlhabende und

Staatsverschuldung ist Umverteilung von unten nach oben.“ Warum allerdings ausgerechnet die FDP oder die Hessen-CDU einem Gesetz zustimmen sollte, dass höhere Steuern für Wohlhabende bedeutet, ist ein ungeklärtes Rätsel der Geschichte. Im Koalitionsvertrag steht ein explizites Bekenntnis zum „schlanken Staat“.



Folglich wird man versuchen, die Schuldenbremse über niedrigere Ausgaben einzuhalten. Richtig ist, dass die Steuerpolitik der letzten Jahre nicht nur für die öffentlichen Haushalte schädlich war, sondern sie war auch höchst ungerecht. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Mit der Folge, dass Menschen die 1 Million Euro Jahresgehalt erhalten um 100.000 Euro entlastet worden sind.

Der Unternehmenssektor ist allein

durch die Regierung Schröder/ Fischer mit Steuererleichterungen in Höhe von 11 Milliarden Euro pro Jahr beglückt worden. Insgesamt stehen wir im laufenden Jahr bei Steuermindereinnahmen in Höhe von 50 Milliarden Euro pro Jahr, wenn das Steuerrecht des Jahres 1998 als Ausgangspunkt gewählt wird.

Damit wird klar, worum es bei der Schuldenbremse geht: Die Steuergeschenke der vergangenen Jahre, die vor allem reichen Haushalten und Unternehmen zu Gute gekommen sind, sollen jetzt auf der Ausgabenseite - also durch Sozialabbau, durch Personalabbau, durch Kürzungen im Bildungsbereich und bei den öffentlichen Investitionen - nachvollzogen werden.

Die Schuldenbremse ist Bestandteil einer neoliberalen Politik, die auf mehr Markt und weniger Staat, auf niedrigere Steuern und niedrigere Sozialleistungen, auf eine Stärkung der Starken und eine Schwächung der Solidarität setzt. Schon in der Vergangenheit haben Ausgabenkürzungen zu einer zunehmenden Ungerechtigkeit geführt.

Das wohl abschreckenste Beispiel ist wohl die „Operation Sichere Zukunft“. Die durch die „Schuldenbremse“ zu erwartenden, massiven zusätzlichen Kürzungen

werden noch mehr zu Lasten der ohnehin Benachteiligten gehen: Arme Menschen; Menschen mit Behinderung; ältere Menschen; Arbeitslose; Menschen in prekärer Beschäftigung. Dem setzen die die Gewerkschaften eine verteilungsbewusste Steuerpolitik, idealer Weise ergänzt durch eine ebensolche Sozial- und Lohnpolitik entgegen. Dies ist im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das effektivste Instrument für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Mit dem „Ja“ zur Schuldenbremse sollen die Hessischen Wählerinnen und Wähler die aktuelle Haushaltspolitik der Landesregierung mit ihren Kürzungen bei den Kommunen (360 Mio. Euro) und den Kürzungen im Bildungsbereich (75 Mio. Euro) und den Abbau von 1.200 Stellen im Landesbereich legitimieren. Der Kampf gegen die Studiengebühren in Hessen hat aber gezeigt, dass man dann erfolgreich sein kann, wenn sich möglichst viele Organisationen und Menschen auf lokaler Ebene in ihren Zusammenhängen für das gemeinsame Anliegen einsetzen. Darum wirbt der DGB gemeinsam mit anderen Organisationen und Verbänden für ein NEIN zur Schuldenbremse am 27. März. Dr. Ulf Immelt

KIRCHTURMPOLITIK

Verantwortungsscheu

Zur Klärung der Unterschlagung im Rathaus hat die Stadtverordnetenversammlung einen Aktenseinsichtsausschuss eingerichtet. Vorsitzende wurde die Stadtverordnete Marianne Wölk (SPD). Sie legte das Amt bald nieder, weil sie behauptete, der Ausschuss werde zu Wahlkampfzwecken missbraucht.

Danach begann ein merkwürdiges Spiel: die drei größten Fraktionen – SPD, CDU, Grüne – weigerten sich, den Vorsitz zu übernehmen. Schließlich fand sich die Stadtverordnete Gerlinde Schwebel (FDP) bereit. Zu ihrem Stellvertreter wurde Georg Fülberth (Marburger Linke) gewählt. Wir fragen: was beabsichtigen PD, CDU, Grüne mit ihrer Verweigerungshaltung? Georg Fülberth

Eine Kontroverse

Die Burschenschaften „Arminia“ und „Alemannia“ hatten Vertreter der Listen, die zur Kommunalwahl kandidieren, zu einer Podiumsdiskussion geladen. Auch der Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken nahm teil.

Dies befremdete Mitglieder des SDS.Linke. Sie fanden, hier würden die Burschenschaften aufgewertet.

Dies ist ein achtbarer Standpunkt, aber nicht der einzig denkbare. Man kann auch der Meinung sein, Linke sollten jede Gelegenheit nutzen, um für ihre Position zu werben. In der Vergangenheit ist z.B. Wolfgang Abendroth Einladungen der Burschis auf ihre Häuser gefolgt, hat ihnen dort die Meinung gezeigt und es ist ihm gelungen, denen einen oder anderen Korporenten von dessen falschen Ansichten zu kurieren und für linke Positionen zu gewinnen. Georg Fülberth

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Frank Peter Böcher*

Hallo Frank Peter. Du kandidierst zur Kommunalwahl auf der Liste „Marburger Linke“ Platz 11. Würdest Du unseren Lesern kurz erläutern, wieso Du zu dieser Wahl kandidierst?

Gerne! Zunächst einmal bin ich als geborener Marburger besonders an der Entwicklung meiner Heimatstadt interessiert. Bereits seit Ende der 60er habe ich mich politisch und gewerkschaftlich in Marburg betätigt. Zunächst in der SPD bei den Jusos und in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Dort war ich Vorsitzender im Unterbezirk Marburg - Biedenkopf. Darüber hinaus war ich für kurze Zeit Stadtverordneter. Wurde aber wegen meiner Gegnerschaft zur damals geplanten Großen Koalition mit drei weiteren Mitgliedern aus der Fraktion ausgeschlossen. Die Gegnerschaft brachte es mit sich, dass ich auch vernünftigen Anträgen der

Zurück auf die Straße.

Frank Peter Böcher ist Mitglied der DKP Marburg und kandidiert bei den Kommunalwahlen am 27. März auf Listenplatz 11 der Marburger Linke zum Stadtparlament

DKP Fraktion zustimmte. Auf Druck der Parteiführung gaben wir unsere Mandate zurück. Als Dank dafür flog ich neben drei weiteren SPDlern aus der Partei (1976). Konsequenter Weise habe ich dann später zur Wahl der DKP aufgerufen und trat 1977 der DKP bei.

Wie ging es dann weiter mit Deiner politischen Arbeit?

Nachdem ich mich bis Ende der achtziger Jahre in der DKP aktiv betätigte, habe ich Anfang der 90er meine Schwerpunkte auf gewerkschaftliche Tarifarbeit und verstärkt in die betriebliche Gewerkschaftsarbeit gelegt. War dort maßgeblich in der Vertrauensleutearbeit und dem Personalrat tätig. War bis zu meinem Renteneintritt Vorsitzender im örtlichen Personalrat wie auch im Bezirkspersonalrat der Agentur für Arbeit. In der Tarifarbeit war ich zunächst Mitglied der Tarifkommission und ca. 10 Jahre ebenfalls bis zu meinem Ausscheiden in der Verhandlungskommission. Seit einem Jahr arbeite ich bei der erweiterten Fraktion der Marburger Linken mit.

Wie kannst Du Deine Erfahrungen im Stadtparlament einbringen?

Dies ist relativ einfach. Die Stadt Marburg mit ihren Betrieben ist tarifpolitisch zersplittert. Man hat zum Beispiel bei den Stadtwerken, einer GmbH im ausschließlichen Besitz der Stadt, Ausgliederungen vorgenommen. So gibt es eine Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG), deren Mitarbeiter nicht nach einem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Dies gilt auch für die Marburger Entsorgungsgesellschaft (MEG). Ebenfalls eine Tochter der Stadtwerke. Diese dient in erster Linie als „Verleihfirma“ für den Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM), einem Eigenbetrieb der Stadt Marburg. Hier sehe ich massiven Handlungsbedarf.

Die bisherigen Anträge der Marburger Linken zu diesem Thema wurden in den letzten Wochen abgelehnt. Siehst Du Chancen, dass dies in der nächsten Wahlperiode anders wird?

Das hängt zum einen vom Wahlergebnis ab und von den finanziellen Möglichkeiten der Kommune und ihren Stadtwerken.

Wo sollen denn die finanziellen Mittel herkommen?

Hier sehe ich in erster Linie die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes und die Einführung einer sogenannten Hotelabgabe. Eine Anhebung von gegenwärtig 370 Punkten auf 430 Punkte brächte jährlich 15 Millionen in die Stadtkasse. Damit ließe sich sicherlich den Stadtwerken

helfen um eine Rückkehr zu den höheren Tarifen des öffentlichen Dienstes zu ermöglichen.

Auch diese Anträge wurden in der vergangenen Periode abgelehnt. Siehst Du denn die Möglichkeit, dass dies nach der Wahl anders wird?

Wie ich bereits ausgeführt habe, hängt dies u.a. vom Ausgang der Wahl ab. Ob da außerparlamentarisch was zu machen ist, muss die Zukunft erweisen. Ausschließen kann man dies nicht. Im übrigen führt oft Beharrlichkeit zum Ziel. In der ausgehenden Wahlperiode ist die Marburger Altenhilfe auch wieder in den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes zurückgekehrt. Dies ist letztlich auch ein Erfolg der Marburger Linken, obwohl deren Anträge hierzu immer abgelehnt wurden.

Wir danken für das Gespräch.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg
www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de
Auflage: 1.000
nächste Ausgabe: Mai 2011

Mitgliederversammlung DKP
jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr,
Ort auf Anfrage.
Kontakt:
info@dkp-marburg.de

UZ - Sozialistische
Wochenzeitung der DKP

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**Jetzt 10
Wochen testen**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
 An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____
Vorname _____
Telefon _____ Alter _____
Straße _____

PLZ / Ort _____
CoramPress Verlag GmbH - Hoffnungsstraße 1 - 45127 Essen
Fax: 0201-24 96-484 - www.unsere-zeit.de

Wir schicken Ihnen das **Marburger Echo** gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.

Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: **Marburger Echo**